

Hessen Mobil prüft Einwände

Usingen Erst Anhörungen, dann muss der Bund Finanzierung sichern, bevor überhaupt ein Bagger rollt

Politik und Verwaltungen werden langsam vorsichtig, wenn es um Termineinschätzungen bei der Nordostumgehung geht. Hessen Mobil als vom Bund beauftragtes Planungsbüro zeigt sich nach der Offenlage der Planfeststellungsunterlagen dennoch vorsichtig optimistisch.

VON ANDREAS BURGER

Die Untersuchung ist zwar schon in 2017 erstellt worden, doch sie zeigt, dass die Nordostumgehung für die Innenstadt eine Verkehrs-entlastung von 51 Prozent bringen kann. „Diese Verkehrsuntersuchung berücksichtigt selbstverständlich alle umsetzbaren Varianten, auch südöstliche Umfahrungen. Diese erzielen allerdings eine deutlich geringere Verkehrs-entlastung für das Stadtgebiet von Usingen“, sagte Christian Stegner, Sprecher von Hessen Mobil, gestern der TZ.

250 Einwände

Nachdem nun die Planfeststellungs-Offenlage abgeschlossen ist und über 250 Einwände eingegangen sind, muss sich die Behörde ordentlich ins Zeug legen, um diese alle abzuarbeiten. Die Stellungnahmen zu den Plänen mit und ohne Einsprüche werden derzeit erarbeitet und an die Anhörungsbehörde zurückgegeben, die daraufhin gegebenenfalls einen Erörterungstermin durchführt. Sprich: Der Regie-

rungspräsident in Darmstadt (RP) wägt ab, ob die Einsprüche der Bürger und die dazu gemachten Anmerkungen von Hessen Mobil kompatibel sind, wägt die Schwere des Einspruchs ab und kann gegebenenfalls eine Nachplanung fordern. Und der RP kann eine Anhörung mit den Betroffenen ansetzen.

Danach wird die Planfeststellungsbehörde über das Ergebnis der Anhörung unterrichtet. Schließlich erfolgt die Erarbeitung des Planfeststellungsbeschlusses durch die Planfeststellungsbehörde. Damit wäre dann der verwaltungstechnische Kraftakt abgeschlossen. Die Straße aber noch lange nicht gebaut.

Gerichtsverfahren?

Denn nun könnten alle Bürger, die Einwände vorgebracht haben, klagen und damit den Bau weiter verzögern – bis die Gerichte irgendwann ein Machtwort sprechen (in Oberursel zogen so über 20 Jahre ins Land). Pro oder contra. Denn auf hoher See und vor Gericht ist man bekanntlich in Gottes Hand.

Aktuell werden die Baukosten mit rund 48 Millionen Euro veranschlagt, die komplett vom Bund getragen werden. Nur: Mit jeder Verzögerung steigen auch die Kosten, denn die Baufirmen haben derzeit ein Hoch und nehmen immer höhere Preise. Und über die „Finanzierungsperspektive“ entscheidet generell die Bundesrepublik Deutschland als Straßenbaulasträ-

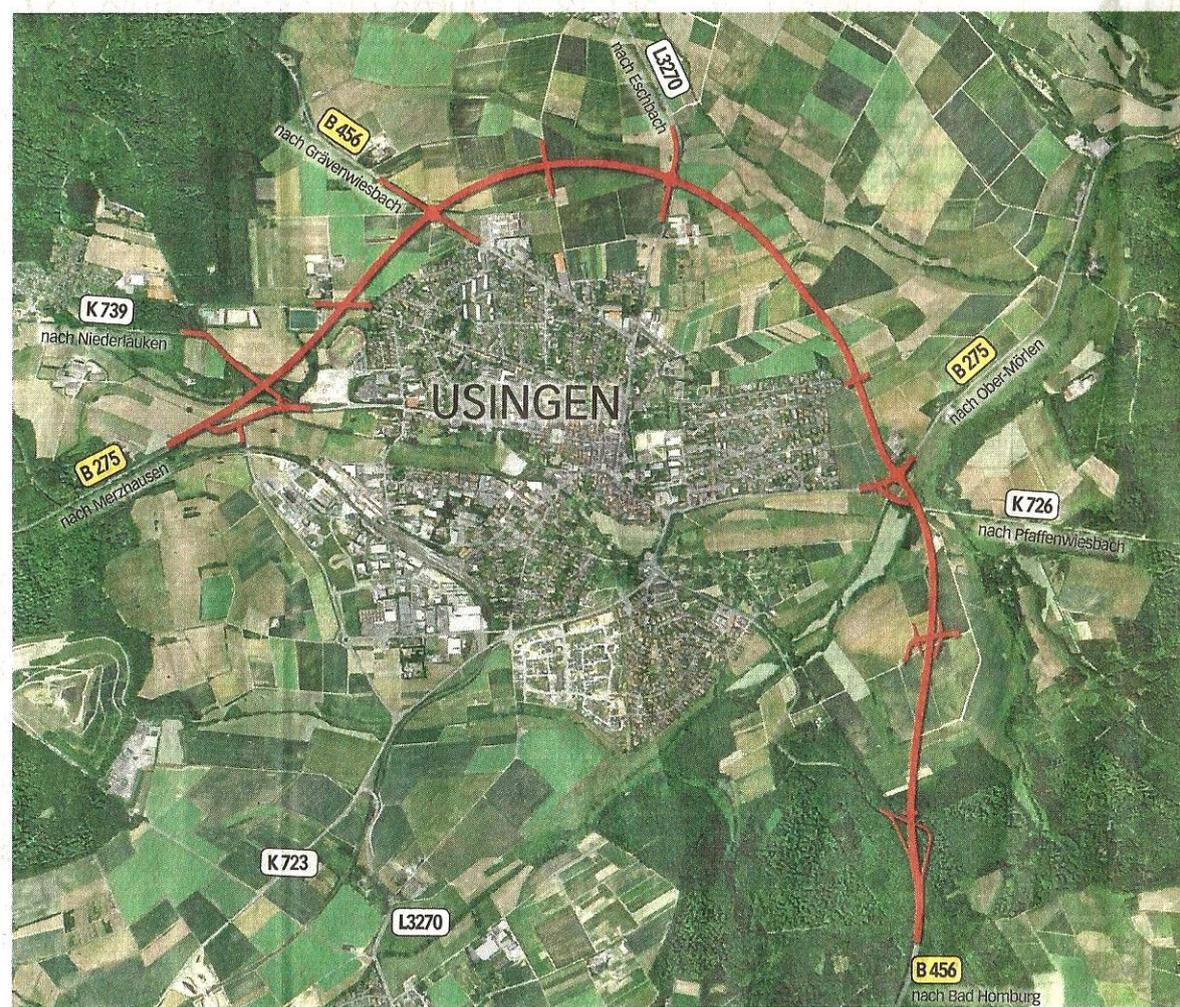
ger nach Vorlage des Baurechts mit der Aufnahme in den Straßenbauhaushalt.

Sprich: Erst muss in Berlin die Politik für die Kostenübernahme stimmen, bevor überhaupt ein Baubeginn denkbar ist.

Dass die Straße vom Bund gewünscht ist, hatte dieser bereits im vergangenen Jahr durch seine Zustimmung zum geplanten Vorentwurf der Ortsumgehung – dem sogenannten „Sichtvermerk“ – kundgetan. So heißt es dann vom Sprecher Christian Stegner auch: „Über die Verfahrensdauer des Planfeststellungsverfahrens und den Baubeginn kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden.“

Was aber nun auch kein Beinbruch ist. Denn blickt man in die Geschichte der Straße, wäre ein weiteres Jahr Stillstand zeitlich nicht auffällig. Immerhin wurden bereits 1959 die ersten Entwürfe für eine Umgehungsstraße um Usingen untersucht. 1976 gab's bereits eine Planfeststellung, die aber das Parlament selbst 1977 aufhob.

Nachdem sich dann die Politik doch wieder umentschied und die Umgehung forcierte, gründete sich 1984 die IZEDUL mit dem sperrigen Namen „Interessengemeinschaft zum Erhalt der Usinger Landschaft“. Die Mitglieder sind entschiedene Gegner der Straße und stimmen auch den bereits vorgenommenen und von Bürgern gewünschten Umplanungen nicht zu.



Hessen Mobil prüft derzeit die Einwände gegen die Planfeststellungsunterlagen. Rund 250 Bürger haben sich zur Nordostumgehung geäußert, die zur Entlastung der Usinger Innenstadt eine weiträumige Umfahrung vorsieht. Das Regierungspräsidium in Darmstadt wägt die Schwere des Einspruchs ab und kann gegebenenfalls eine Nachplanung fordern. Grafik: FNP-Design